



REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Stubenring 1, A-1012 Wien

An das
Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

Sachbearbeiter/Klappe
Dr. Hancvenc1/6990

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl,
Ihre Nachrichten vom

Unsere Geschäftszahl
11.279/23-I1/87

(0 22 2) 75 00 DW

Datum

20. Oktober 1987

Betreff

Betrifft **GESETZENTWURF**

Zl. 64-GE-9-87

Datum: 23. OKT. 1987

30. Okt. 1987

Verteilt

*Kreuz
St. Pönten*

./.. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft übermittelt in der Anlage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Verwendung der auf Grund des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener vermögensrechtlicher Fragen zufließender Mittel (Verteilungsgesetz DDR).

Für den Bundesminister:
Dr. Z i e g e l w a n g e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Immerkar

Bitte führen Sie unsere Geschäftszahl in Ihrer Antwort an!



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Stubenring 1, A-1012 Wien

An das
Bundesministerium für Finanzen

Wollzeile 1-3
Postfach 2
1015 Wien

Sachbearbeiter/Klappe

Dr. Hancvencel/6990

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl,
Ihre Nachrichten vom

Unsere Geschäftszahl

(0 22 2) 75 00 DW

Datum

11.279/23-I1/87

20. Oktober 1987

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes über die
Verwendung der auf Grund des Vertrages
zwischen der Republik Österreich und
der Deutschen Demokratischen Republik
zur Regelung offener vermögensrecht-
licher Fragen zufließenden Mittel (Ver-
teilungsgesetz DDR); Einleitung des
Begutachtungsverfahrens

zur GZ 642401/2-I/6/87 vom 31. August 1987

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft teilt mit, daß gegen den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Verwendung der auf Grund des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener vermögensrechtlicher Fragen zufließenden Mittel (Verteilungsgesetz DDR) grundsätzlich keine Einwendungen bestehen.

Die Beschränkung der Entschädigung auf ein Vermögensausmaß bis 100 ha wird in den Erläuterungen zum Entwurf damit begründet, daß dies der Vereinbarung in Pkt. 1 des diesbezüglichen Briefwechsels zum Vermögensvertrag entspricht. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß ein wesentlicher Bestandteil des Systems der österreichischen Rechtsordnung, das schon aus gesellschaftspolitischen Gründen nicht mit dem der Deutschen Demokratischen Republik verglichen werden kann, Art. 7 B-VG, der sogenannte Gleichheitssatz darstellt.

Bitte führen Sie unsere Geschäftszahl in Ihrer Antwort an!

- 2 -

Ob die betreffende Bestimmung eine sachlich gerechtfertigte Differenzierung im Sinne des Gleichheitssatzes beinhaltet, muß jedoch dem BKA-VD überlassen werden.

25 Ausfertigungen der Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Bundesminister:
Dr. Z i e g e l w a n g e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

